Lars Maischak/Markus Euskirchen
Vernunft und Moral

Plädoyer für einen rigorosen Universalismus

> »Capitalism is confronted with a choice: either to continue insisting on the universal nature of its rationality, in the teeth of the mounting evidence, or to throw in the towel and go relativist, gloomily or genially accepting that it can muster no ultimate foundations to legitimate its activities.«
>
> *Terry Eagleton*[1]

Im Jahr 1964, ein Jahr nach dem Tod John F. Kennedys, hielt Ekkehart Krippendorff Rückschau auf die Amtszeit des Präsidenten.[2] Seine Bilanz der Regierungspraxis Kennedys fiel weitgehend positiv aus. Kennedy habe es gewagt, den Finger auf wunde Punkte zu legen. Die Herausforderungen stagnierenden Wachstums, eines unzureichenden Sozialstaates und der drängenden Frage der Gleichstellung von Schwarz und Weiß seien von Kennedy ins öffentliche Bewußtsein gerufen worden. Unter den Bedingungen zunehmender Erstarrung der Fronten des Kalten Krieges sei es Kennedy so gelungen, die demokratischen Potentiale eines liberalen Staatswesens zu sichern und auszuweiten. All dies, daran ließ Krippendorff keinen Zweifel, lag nicht am Genie eines einzelnen Mannes. Vielmehr habe sich Kennedy, der Politiker, auf die »Fruchtbarmachung akademischer Intellektualität für Planung und Regierung« verstanden. Dieses Innovationspotential habe zuvor, unter republikanischen Präsidenten, brachgelegen.

Gerade in der Rolle der Intellektuellen im Weißen Haus der Kennedy-Jahre erkannte Krippendorff 1964 ein Modell *guter* Politik. Das Bündnis zwischen Politik und Geist, in dem letzterer mehr ist als nur Verzierung, schien einen fortschrittlichen Weg für alle westlichen Gesellschaften aufzuzeigen. Insbesondere angesichts der von Restauration und revanchistischer Hetze geprägten BRD der sechziger Jahre nimmt es nicht wunder, daß Krippendorff

1 Terry Eagleton: *The Illusions of Postmodernism*, Oxford 1996, S. 39.
2 Ekkehart Krippendorff: *»John F. Kennedy – Vision und Wirklichkeit«*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 4 (1964), S. 3-15.

das Modell Kennedy auch dem westdeutschen Staat zur Nachahmung empfahl.

Dennoch machte Krippendorff Schwachstellen an Kennedys Politik aus. Wo es gegolten habe, in der Bevölkerung der USA konservative Widerstände gegen fortschrittliche Politik zu überwinden, sei der Präsident gescheitert. Kennedys Stärke, nämlich der Wille, Politik zu »verwissenschaftlichen« und somit auf eine rationale, jedem Bürger einsichtige Grundlage zu stellen, habe sich für die politische Mobilisierung als Schwäche erwiesen. Da nämlich der Machbarkeitsglaube der positivistischen Sozialwissenschaftler eine »oft zu große Anerkennung der ›Realitäten‹« mit sich gebracht habe, habe es an einer »Vision« gefehlt – die Grundlage einer fruchtbaren Politisierung und Polarisierung der Wählerschaft. Trotz bester Reformabsichten habe Kennedy am Ende eine falsche Wirklichkeit als unumstößlich anerkannt.

Krippendorffs Forderung nach der Einflußnahme der Intellektuellen auf den Gang der Politik ist also nicht völlig bedingungslos. Nicht jede Art von Intellektuellen kann es mit der Macht aufnehmen. Solche, denen, wie den Positivisten, der kritische Impuls und der Wille zur Polarisierung fehlt, bleiben dazu verdammt, Herrschaftswissen bereitzustellen.

Mehr als dreißig Jahre später hat sich Krippendorff von einem verhaltenen Bewunderer zu einem entschiedenen Kritiker Kennedys gewandelt. Im Verlauf dieser dreißig Jahre gelangten viele Fakten ans Licht, die in den sechziger Jahren noch unbekannt waren. Viele der neueren Kenntnisse über Kennedy und seine Amtsführung verdanken wir etwa dem Ablauf von Geheimhaltungsfristen in jüngster Zeit.[3] Doch auch die Memoiren enger Mitarbeiter Kennedys haben das Bild der jugendlichen Lichtgestalt des charismatischen Präsidenten erheblich verdunkelt. Nach den neuesten Veröf-

3 Einige der Dokumente sind bereits als Quellenbände erschienen: US CIA Inspector General [co-author: Fabián Escalante, Former Head of Cuban State Security]: *CIA Targets Fidel: Secret 1967 CIA Inspector General's Report on Plots to Assassinate Fidel Castro*, Melbourne/New York 1996. Und auf der Basis von 1975 freigegebenen Akten: US Congress. Senate. Select Committee to Study Governmental Operations with Respect to Intelligence Activities. Alleged Assassination Plots Involving Foreign Leaders [Church Committee]: *An Interim Report of the Select Committee to Study Governmental Operations with Respect to Intelligence Activities, US Senate [with Additional, Supplemental, and Separate Views/Foreword by Clark R. Mollenhoff; Introduction by Senator Frank Church]*, New York 1976.

oliver jarasch, thomas greven (hg.): für eine lebendige wissenschaft des politischen. umweg als methode, frankfurt/m. (edition suhrkamp, 02129) 1999

fentlichungen vom Juli 1997 kann als gesichert gelten, daß Robert Kennedy als Justizminister – nachdem John F. Kennedy die vagen Attentatspläne aus der Zeit seines Vorgängers Eisenhower als Reaktion auf das Debakel der Schweinebucht-Invasion aufgegriffen und seinem Bruder Robert als Chefsache übertragen hatte – den Geheimdienst beauftragt hat, Castro mit allen Mitteln – und das schloß die Ermordung ein – aus dem Weg zu schaffen.[4] Über die Fortschritte in dieser Mission ließ er sich berichten, und er wußte über die Verbindungen zwischen CIA und der Mafia in dieser Angelegenheit Bescheid. Der Präsident selbst wiederum war – dem Grundsatz der *plausible deniability* gemäß – über den direkten persönlichen Austausch mit seinem Bruder voll involviert.[5]

Insbesondere das Bekanntwerden dieses Planes zum Mord an Fidel Castro war für Krippendorff ein Anlaß zu kompromißloser Kritik. Kategorisch formulierte er: »Jede Regierung, die Mord als Mittel der Politik einsetzt, hat ihr moralisches Recht darauf, regieren zu dürfen, verwirkt.«[6]

Diese Auffassung hatte Krippendorff bereits während einer Podiumsdiskussion vertreten, die 1997 im Rahmen eines Festtags zu Ehren des 80. Geburtstages Kennedys am John-F.-Kennedy-Institut der Freien Universität Berlin stattfand. Dafür hatte er sich scharfe Kritik gefallen lassen müssen. Seine Professorenkollegen fanden aus verschiedenen Gründen Krippendorffs Position unhaltbar. Sei nicht der Mordplan, gemessen an den damaligen Umgangsformen der Gegner im Kalten Krieg untereinander, verständlich gewesen? Sei er deshalb nicht geradezu verzeihlich? Sei nicht die kategorische Forderung nach einer moralisch unanfechtbaren Politik unrealistisch und gerade dem Wesen der Politik nicht angemessen? Andere argumentierten, man müsse, bei aller berechtigten Kritik an bestimmten, unverzeihlichen Ausrutschern, doch Kennedys Amtszeit als Ganzes betrachten. Wohl sei der Mordplan zu verdammen, doch sei Kennedys Rolle in der Weltpolitik eine gewe-

4 Vgl. *die tageszeitung*, 3.7.1997; *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 4.7.1997.

5 Vgl. *Newsweek*, 22.11.1993. Eine umfassende Darstellung der »Operation Mongoose« – so der Deckname für die verdeckte Kriegführung nach der gescheiterten Schweinebuchtinvasion im April 1961 gegen Kuba, bei der die eigentlichen Mordpläne nur einen Teil bildeten – liefert Warren Hinckle/William W. Turner: *The Fish is Red: The Story of the Secret War Against Castro*, New York 1981. Kurz und übersichtlich auch bei Alan Posener: *John F. Kennedy: mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten*, Reinbek 1991, S. 88f.

6 *die tageszeitung*, 7.7.1997.

sen, die insgesamt der Verständigung zwischen den Blöcken und der Erhaltung des Friedens gedient habe. Krippendorff mochte keinem dieser Argumente zustimmen. »Moral in der Politik ist nur universal einklagbar. Ohne Wenn und Aber.«

Der Mythos Kennedy war damals schon vor dessen Wahl von seiner Familie und seinen Beratern bewußt erzeugt und für die Akzeptanzwerbung des Kandidaten eingesetzt worden. Nach dem Mord am Präsidenten wurde der Mythos sodann übermächtig. Doch spätestens die neuesten Erkenntnisse über Kennedy rechtfertigten in Krippendorffs Augen die Zerstörung dieses allzu rosigen Bildes. Gerade die Schwere der Vergehen Kennedys spreche für eine radikale Revision des Bildes dieses Mannes vor der Geschichte. Die Entgegnung von Krippendorffs Kritikern unterschied sich qualitativ vom bisher bezeichneten Gegensatz: Ein derartiger Mythos sei letztlich nicht kritisierbar, denn als Mythos löse er sich von der historischen Person und werde mit seiner Verselbständigung als Diskurselement selbst zu einem Bestandteil der Realität. Der Versuch, ein diskursiv erzeugtes Bild zurechtzurükken, sei, so die Argumentation, unabhängig von der Frage nach der Berechtigung der Kritik an Kennedy, nicht bloß falsch, sondern geradezu ein Ausdruck verblendeter Verkennung grundlegender Funktionsweisen menschlicher Gesellschaften. Somit entpuppe sich die Kritik an Kennedys Mythos nur als irrationaler Bildersturm, der das Attribut der Wissenschaftlichkeit nicht verdiene. Am Ende sei Krippendorffs Kritik an Kennedy nicht haltbar, bestenfalls erklärbar als der psychologische Reflex eines enttäuschten ehemaligen Jüngers des amerikanischen Präsidenten, dessen späte Auflehnung gegen die Vaterfigur nun solch groteske, rigorose Ablehnung zeuge.

Unabhängig von Krippendorffs eigener Antwort auf seine Kritiker[7] soll es uns hier darum gehen, die Argumente, die gegen ihn vorgebracht wurden, auf ihre Voraussetzungen und Implikationen hin zu beleuchten. Zunächst wollen wir dazu Bezug auf die Frage nehmen, ob der Mythos – jeglicher Mythos – gültiger sein kann als historische Fakten. Sodann wenden wir uns der ambivalenteren Frage zu, ob Moral ein absoluter Anspruch an die Politik sein muß. Zu beiden Fragen kamen in der an Krippendorffs An-

7 Ekkehart Krippendorff: »Außenpolitik und Moral – u.a. am Beispiel des John F. Kennedy«, unveröffentlichtes Manuskript, Berlin 1997.

sichten vorgebrachten Kritik Auffassungen zum Ausdruck, deren Relevanz weit über den Rahmen der Kontroverse um das angemessene Kennedy-Bild hinausgeht. Beide Fragen bilden zugleich Prüfsteine für das Verhältnis der Intellektuellen zur Macht. Geht es bei der akademischen Beschäftigung mit Politik um die Rechtfertigung des Bestehenden und die Beratung für den Umgang damit, oder geht es um eine Kritik, die keine solchen Rücksichten nimmt?

Die These, der Mythos Kennedys sei eigentlich die Wahrheit über Kennedy, ist vom Poststrukturalismus beeinflußt.[8] Dessen Rezeption in der deutschen Amerikanistik verlief nicht unmittelbar von seiner französischen Quelle, sondern vermittelt über die Vereinigten Staaten, wo er in den Geisteswissenschaften heute das dominante Paradigma darstellt. Im Kern behauptet poststrukturalistische Theorie, daß die sprachlich-gedanklichen Vorstellungen, die sich Menschen von der Welt machen, das einzige unserem Denken wirklich zugängliche Material liefern. Soziale Wirklichkeit außerhalb der Sprache gibt es nach dieser Vorstellung nicht. Ein Begriff, wie etwa der der Gesellschaft, wäre demnach nicht auf einen konkreten Gegenstand in der Welt bezogen, sondern stünde vielmehr nur im relativen Bezug zu anderen, ihn umgebenden Begriffen, wie etwa dem der Politik. Alle gemeinsam bilden die bedeutungs- und wahrheitsgenerierende Struktur. Der Wahrheitsgehalt der Sprachelemente – der Begriffe – bemißt sich also in der poststrukturalistischen Theorie nach ihrer Stellung zueinander innerhalb des Systems der Sprache. Dieser Wahrheitsgehalt ist jedoch keine Frage von Logik – also innerer Stimmigkeit – oder Grammatik. Vielmehr ergibt er sich aus Machtverhältnissen. Wer Definitionsmacht besitzt, kann definieren, welche Begriffe »wahr« sind, welche »falsch« und welche »Diskurse« – das sind Verbindungen zwischen Begriffen – »Wahrheit« beanspruchen können. »Wahrheit« ist für den Poststrukturalismus also kein Absolutum, das sich an festen Regeln zu messen hätte, also etwa an solchen der logischen Konsistenz oder der getreuen Abbildung der Wirklichkeit. Statt dessen wird »Wahrheit« für den Poststrukturalismus zu einer relativen Größe.[9] Das Denken selbst wird so zu einem Spiel, dem explizit eine affirmativ-unkritische Strategie zugrunde gelegt wird, »die fröhliche Bejahung des Spiels der Welt und der Unschuld der Zukunft, die Bejahung einer Welt aus Zeichen ohne Fehl, ohne Wahrheit, ohne Ursprung, die einer tätigen Deutung offen ist«.[10]

Von einem poststrukturalistischen Standpunkt gilt: Ist der Satz »Präsident Kennedy war ein moralisch integrer Politiker, der dem Frieden diente« erst einmal fester Bestandteil des dominanten Diskurses, so ist Präsident Kennedy *wirklich* ein moralisch integrer Politiker usw. gewesen. Der Einwand, daß Kennedy all das, was der Mythos über ihn aussagt, nicht wirklich war und daß es darum jedem denkenden Menschen einsichtig sein könnte, daß der Mythos unwahr ist, würde sich mit einem Grundsatzargument des Poststrukturalismus konfrontiert sehen. Die Hoffnung auf die Einsicht denkender Menschen beruht auf der Annahme menschlicher Rationalität und geht auf die Aufklärung zurück. Jedoch hält der Poststrukturalismus »Rationalität« für einen Begriff, der ebenso wie alle anderen Begriffe sich der willkürlichen Konstruktion durch interessierte Agenten im Raum der Sprache verdankt. Konkret habe es die Philosophie der Aufklärung verstanden, um den von ihr vorgestellten Rationalitätsbegriff herum ein Ideengebäude zu errichten, das vom 18. bis weit ins 20. Jahrhundert hinein der dominante Diskurs in der westlichen Welt gewesen sei. Heute jedoch, nicht zuletzt dank der poststrukturalistischen Erkenntnis von der sprachlichen Konstituiertheit der Wirklichkeit, sei der Begriff der Rationalität enttarnt und als bloße Legitimationsideologie westlicher Machtinteressen diskreditiert.

Zugute halten kann sich der Poststrukturalismus, daß seine Kritik am Rationalismus der Aufklärung einen wunden Punkt trifft: Bei der Geburt der Industriearbeiterschaft als Klasse durch Landvertreibung und massenhaften Ruin von Handwerkern seit Ende

8 Vgl. Jürgen Habermas: *Der philosophische Diskurs der Moderne. Zwölf Vorlesungen*, Frankfurt/M. 1985.

9 Vgl. Jacques Derrida: *Grammatologie*, Frankfurt/M. 1974, S. 24f.: »Die Rationalität – aber vielleicht müßte auf dieses Wort aus dem Grunde, der am Ende dieses Satzes sichtbar wird, verzichtet werden –, die eine derart erweiterte und radikalisierte Schrift beherrscht [eine Schrift, die ihr Gesetz auch noch denjenigen kulturellen Bereichen aufzwingt, die sich ihr bisher entziehen konnten, d. V.], stammt nicht mehr aus einem Logos. Vielmehr beginnt sie mit der Destruierung und, wenn nicht der Zerschlagung, so doch der De-Sedimentierung, der Dekonstruktion aller Bedeutungen, deren Ursprung in der Bedeutung des Logos liegt. Das gilt besonders für die *Wahrheit*.« [Kursivsetzung J. D.]

10 Jacques Derrida: »Die Struktur, das Zeichen und das Spiel im Diskurs der Wissenschaft vom Menschen«, in: P. Engelmann (Hg.): *Postmoderne und Dekonstruktion*, Stuttgart 1993, S. 137.

des 18. Jahrhunderts in Europa, bei der imperialistischen Unterwerfung Afrikas und Asiens durch Europa seit Mitte des 19. Jahrhunderts bis hin zum Holocaust spielte technische Intelligenz – instrumentelle Rationalität also – eine Doppelrolle als Lieferant der Legitimationsideologien und als Hauptagent menschenfeindlicher Praxis. Es entgeht jedoch dem Denken der Poststrukturalisten, daß eine Kritik dieser Praxis gerade der Rationalität bedarf und in ihr auch angelegt ist.[11] »Nationale Identität«, »die Bürde des Weißen Mannes« und die »Überlegenheit der arischen Rasse« lassen sich eben nur als unwahr kritisieren, wenn man diese Ideologien an einem Kriterium mißt, das ihnen nicht selbst entstammt – der Vernunft. Die Kritik instrumenteller Rationalität mit den Mitteln eben der Rationalität zur reflexiv-dialektischen Rekonstruktion der Rationalität war und ist das Projekt kritischer Theorie. Sie kann nicht erfolgreich vollendet oder in die Praxis umgesetzt werden, sondern verwirklicht sich im Prozeß ihrer ständigen Fortsetzung.

Indem der Poststrukturalismus die Möglichkeit einer solchen Kritik verneint, verhält er sich in letzter Instanz zustimmend zum jeweils Bestehenden. Zwar kann er Kritik üben, indem er herrschende Diskurse auf ihre sprachliche Provenienz verweist; ihre gesellschaftlichen Ursachen und Wirkungen hat er damit aber weder thematisiert, noch hat er ihnen etwas entgegenzusetzen. Denn Kritik, die sich auf Sprachkritik beschränkt, kann keine Kritik der Politik sein. Ironischerweise verhält sich der Poststrukturalismus damit zur Realität auf die gleiche unkritische, das Bestehende bloß ideologisch verdoppelnde und damit Herrschaft reproduzierende Art und Weise wie der von ihm kritisierte Positivismus. Intellektuelle, die sich dem Poststrukturalismus verschrieben haben, verlieren mit dem von Krippendorff gepflegten universalistischen Rigorismus zugleich das wirksamste Mittel der Herrschaftskritik. Dabei wird die Perspektive einer kritischen Praxis[12] ebenso aufgegeben wie die Notwendigkeit der individuellen Reflexion auf eine solche Praxis. »Sich dagegen selbst zu verändern, glaubwürdig zu

11 Vgl. Max Horkheimer/Theodor W. Adorno: *Dialektik der Aufklärung*, Frankfurt/M. 1969, S. 5f.; sowie Theodor W. Adorno: *Negative Dialektik*, Frankfurt/M. ²1997, S. 53f.

12 »Protest ist, wenn ich sage das und das paßt mir nicht. Widerstand ist, wenn ich dafür sorge, daß das, was mir nicht paßt, nicht länger geschieht.« Ulrike Meinhof in einem Kommentar zum Dutschke-Attentat und den darauf folgenden Osterunruhen; in: *konkret* 5 (1968), S. 5.

werden, Menschen zu überzeugen und den verschiedensten Formen von Ausbeutung und Terror entgegegenzuwirken, das mag in manchen Augenblicken ungeheuer schwer erscheinen. Und dennoch gibt es dazu keine Alternative.«[13]

Nicht alle Intellektuellen *wollen* jedoch Kritik an herrschaftlicher Praxis üben – sosehr man sich auch bemühen mag, ihnen nachzuweisen, daß Herrschaftskritik ein Bestandteil von Wissenschaft zu sein hat, wenn sie den Namen »Wissenschaft« verdient haben will. Krippendorffs Kontrahenten aus der deutschen Amerikanistik verhalten sich in ihrem Beharren auf der Realität des Mythos nicht gänzlich nach poststrukturalistischem Schema. Wer die von Grund auf skeptische Annahme der Unentrinnbarkeit sprachlicher Bedeutungskonstruktionen teilte, könnte immer noch auf die *Dekonstruktion* auch hartnäckiger Mythen setzen. Historisch-analytisch fundierte Gegendiskurse aus der Akademie könnten dann zäh wühlend versuchen, der nachwirkenden Definitionsmacht von Kennedys Medienstrategen den Boden zu entziehen. Daß diese Möglichkeit von Krippendorffs Kritikern nicht in Betracht gezogen wurde, legt nahe, daß sie in erster Linie selber ein Interesse daran haben, nicht an ihrem Bild der USA im allgemeinen, und noch weniger dem Kennedys im besonderen, kratzen zu lassen. In Zeiten der Aushungerung der Universitäten durch staatliche Geldgeber hat sich eine Mehrheit der Lehrenden am Kennedy-Institut zum Ziel gesetzt, klaffende finanzielle Lücken durch Lobbyarbeit gegenüber staatlichen Stellen und potentiellen Drittmittelgebern zu schließen. Die Diskussionsveranstaltung im Rahmen des Festtags zu Ehren Kennedys war gerade Teil eines solchen Projekts der Eigenwerbung. Ein allzu kritischer Blick auf Kennedy – und durch ihn hindurch auf die Mächtigen und ihre Praktiken im allgemeinen – mag da manchem von Krippendorffs Kollegen als schädlich für die Respektabilität des Instituts erschienen sein.

Der bewußte Verzicht auf eine Kritik an herrschender Ideologie und Praxis stellt sich aus der Sicht eines Wissenschaftsbildes, das es ablehnt, Ideologien auf ihren Gehalt an Wahrheit oder Falschheit zu untersuchen, nicht als ein Verlust dar. Aus der Sicht Krippendorffs jedoch, für den es die Pflicht der Wissenschaft ist, »das Blendwerk aufzudecken«,[14] erkennen wir den vorauseilen-

13 Rudi Dutschke, Leserbrief an die *Frankfurter Rundschau*, 28. 9. 1977.

14 Ekkehart Krippendorff: *Außenpolitik und Moral*, a. a. O., S. 6.

den Gehorsam der Akademiker als Teil einer falschen Wirklichkeit.

Es ist nicht bloß das erklärte Ziel der bundesdeutschen Hochschulpolitik, aus den Universitäten stromlinienförmige Produktionsstätten von verwertbarem Wissen zu machen; es ist auch eine Konsequenz der relativistischen, affirmativen Haltung vieler Akademiker, daß ihr dies gelingt. Diese funktionale Kumpanei ist kein Zufall. Neoliberale Ideen der »Flexibilisierung« und poststrukturalistische Gesellschaftsvorstellungen, Deregulierung und Dekonstruktion, sind Geschwister im Geiste. Beide speisen sich aus derselben Tradition einer individualistischen, konservativen Kritik am modernen Wohlfahrtsstaat und seinem gesellschaftstheoretischen Überbau.

Krippendorffs Einforderung von Moral in der Politik läßt sich allerdings auch dann in Frage stellen, wenn man keinen relativistischen oder apologetischen Standpunkt einnimmt und sich auf das kritische Anliegen seines analytischen Vorgehens einläßt. Für Krippendorff, der einen konsequent kantischen Standpunkt einnimmt, ist die Frage der Moral allen anderen Erwägungen vorgeordnet. Aus der Erkenntnis, daß der Mensch ein rationales Wesen ist, ergibt sich, daß er nie Mittel, sondern stets Zweck der Politik zu sein hat.[15] Moral folgt hier also geradewegs aus der Wesensbestimmung der Vernunft als allgemein-menschlicher Eigenschaft. Eine Vernunft ohne Moral wäre demnach ein Widerspruch in sich. Es gilt: »Die wahre Politik kann keinen Schritt tun, ohne vorher der Moral gehuldigt zu haben.« Es geht also nicht um eine Legitimation, die Handlungen auf ein »letztendlich bezwecktes Gutes« gründet; vielmehr ist die Forderung, daß ein Interesse des Handelnden, *unmittelbar* etwas Gutes zu tun, gegeben sein muß. Eine Politik, die diesem Gebot nicht folgen kann, wäre falsche Politik – Machtpolitik.[16]

Tatsächlich ist der kategorische Imperativ Kants jedoch, wie Hegel in der *Philosophie des Rechts* zeigt, nur eine formale, abstrakte, wenn auch notwendige Bedingung wahrer Politik. Einerseits enthält Kants Gedanke die richtige Erkenntnis, daß Vernunft und Moral nur als miteinander einhergehend denkbar sind. Die eine ohne die andere wäre widersprüchlich.[17] Andererseits löst der kategorische Imperativ noch nicht das Problem nach dem *konkreten* Inhalt einer wahren Moral. Zudem verlangt der kategorische Imperativ nach menschlicher Einsicht. Damit hat er aber den abstrakt freien Willen des Subjekts zur Voraussetzung, der die Möglichkeit des Irrtums und der Willkür mit sich bringt. Was als »moralisch« zu gelten hat, bleibt bei Kant somit eine bloße Frage der subjektiven Meinung.[18]

Wenn Vernunft und Moral nur miteinander zu denken sind, wäre es dann nicht ebenso sinnvoll wie ein Primat der Moral eines der Vernunft zu fordern? Wäre nicht Rationalität, anstelle von Moralität, das einzige Kriterium für Handeln, das davor gefeit wäre, durch willkürliche Interpretation entstellt zu werden? Hegel bejaht diese Fragen. Jeglicher Satz bedarf für seine Gültigkeit letztendlich der Zustimmung des Subjekts. Bezieht er sich auf Fragen der Moral, so ist die zuständige Instanz das Gewissen; bezieht er sich auf andere Dinge, so ist der Verstand gefragt. Das Gewissen ist jedoch eine unbeständige, der Objektivität nicht notwendig verpflichtete Instanz. Es ist einerseits eine notwendige Instanz, da nur durch es der Mensch sich seiner Eigenschaft als denkendes Wesen bewußt wird. Es ist andererseits jedoch der Willkür des Subjekts unterworfen – man kann sich seinen Gewissensinhalt zweckrational zurechtlegen. Der Verstand, im Gegensatz zum Gewissen, operiert auf der Grundlage der Vernunft. Durch die Vernunft hindurch kann Objektivität ihr Recht gegenüber dem menschlichen Denken geltend machen, denn Vernunft gehorcht an sich universellen Spielregeln.

Soll der Satz, daß das Leben und die Unversehrtheit eines jeden Menschen unbedingt gewahrt zu sein haben, Gültigkeit haben, so muß sich die dahinterstehende Moral mit derselben Macht ein »Recht der Objektivität« verschaffen, wie es das Gesetz der Schwerkraft von selber mitbringt. Hegel fordert von daher *Sittlichkeit* als eine konkrete Füllung der Moral. Sittlichkeit soll die vom kategorischen Imperativ aufgestellten Forderung nach der Widerspruchsfreiheit um ein hinreichendes Kriterium ergänzen, denn »ein Widerspruch kann immer nur ein Widerspruch zu etwas sein«.

15 Vgl. etwa Immanuel Kant: *Grundlegung zur Metaphysik der Sitten*, in: *Gesammelte Schriften* Bd. IV, Berlin 1911, S. 385-463 (v. a. S. 428ff.) und Ders.: *Zum Ewigen Frieden*, in: *Gesammelte Schriften* Bd. VIII, Berlin 1912, S. 341-386 (v. a. S. 374ff.).

16 Ekkehart Krippendorff: *Außenpolitik und Moral*, a. a. O., S. 1-2.

17 G. W. F. Hegel: § 133 RP.

18 G. W. F. Hegel: § 132 Anm., §§ 134-135 RP.

Sittlichkeit soll anknüpfen an bestehender gesellschaftlicher Praxis. Sie ist jedoch nicht zu verwechseln mit bloßer Konvention. Der Satz, »alle anderen machen es doch genau so«, ist vom Standpunkt der Sittlichkeit kein Argument. Vielmehr geht es um gesellschaftliche Praxis, *die vor dem Urteil der Vernunft bestehen kann.*

Es stellt sich dann die Frage, wie einer solchen gesellschaftlichen Praxis, wie der Vernunft zur Durchsetzung verholfen werden kann? Wir behaupten, daß die Kontinuität zwischen den Standpunkten, die Ekkehart Krippendorff 1964 und 1997 bezogen hat, eben in der Suche nach der Antwort auf diese Frage liegt. Schon 1964 sprach Krippendorff davon, daß »gesellschaftliche Polarisierung« notwendig sei, um richtigen theoretischen Erkenntnissen zur Durchsetzung zu verhelfen. Dennoch wollte er auch im Staat einen Agenten »guter Politik« sehen. Wie jedoch nicht nur das Beispiel Kennedys zeigt, ist ein gesundes Mißtrauen gegenüber dem Staat, seinen Funktionären und Funktionen angebracht. Es macht deutlich, daß es nicht der »eigentliche« Zweck des Staates ist, seine Bürger glücklich und satt zu machen, sosehr man sich das auch wünschen mag und sosehr es staatliche Amtsträger auch behaupten mögen. Mit der Zerstörung des Mythos Kennedy werden die Mythologisierung des Staates und seiner Funktionen im allgemeinen, ebenso wie die Illusionen, die sich Intellektuelle beizeiten von bestimmten Staaten machen, in Frage gestellt. Die historische Möglichkeit, eine gesellschaftliche Praxis zu etablieren, die sich Herrschaft und ihren (Un-)Taten mit einer auf Vernunft begründeten Sittlichkeit entgegenstellt, bleibt darum auf die Arbeit emanzipatorischer sozialer Bewegungen verwiesen. Vor deren Hintergrund können ehrlich der Wahrheit und der Vernunft verbundene Intellektuelle, die sich nicht staatlicher Macht andienen, das Recht der Objektivität der Vernunft immer wieder einfordern. Innerhalb einer solchen Herausforderung an Herrschaft können Intellektuelle zudem jene notwendige Selbstkritik entfalten, die oppositionelle Moral davor bewahrt, ihrerseits selbstgerecht zu werden. Gelingt diese Art einer Verbindung von Geist und Politik, kann die blutleere kantische Forderung zu lebendiger Wirklichkeit werden. Wo hingegen, mangels Bewegung, Herrschaftskritik machtlos bleibt, bleibt sie dennoch Pflicht. Sie kann jedoch nicht verhindern, daß sie zum Gespött der Apologeten der blutigen Gewalt des Bestehenden wird.

II. Kritische Friedensforschung